

Durch Glaubenswechsel die Abschiebung verhindern

Gerichtsprozesse mit Glaubensstests für Asylbewerber sorgen zunehmend für Ärger mit einzelnen Kirchenvertretern. Es geht dabei um Asylanten, die vom Islam zum Christentum übergetreten sind. Diese pochen darauf, dass ihnen bei einer Abschiebung in ihre Heimat Verfolgung drohe. Verwaltungsgerichte überprüfen dagegen, ob der Glaubenswechsel nur vorgeschoben wurde. Dagegen wehren sich Kirchenvertreter und meinen, dass es nicht Aufgabe von Verwaltungsgerichten sei, Glaubensprüfungen durchzuführen und das Engagement von Gemeindegliedern als vorgetäuscht zu bezeichnen. Das Justizministerium in Stuttgart hält dagegen: Das Bekenntnis zum christlichen Glauben sei noch kein Asylgrund oder Abschiebehindernis. Ein Gericht müsse zur Überzeugung gelangen, dass dem Betroffenen in seinem Heimatland eine Verfolgung wegen seiner Religion drohe. Dabei wird von dem Gericht vergessen, dass die gezielte Konvertierung durchaus vorgenommen werden kann, um eine Abschiebung in Ländern zu verhindern, in denen die Scharia gilt.



Deutschland hat zwischen 2008 und 2017 rund 138 Milliarden Euro zum EU-Haushalt und an Finanzhilfen für Krisenstaaten aufgebracht. Das geht aus einer noch unveröffentlichten Studie des Centrums für Europäische Politik zur Umverteilung innerhalb der EU hervor. Die Summe für Deutschland setzt sich zusammen aus 119 Milliarden Euro Umverteilung durch den EU-Haushalt und weiteren knapp 19 Milliarden Euro durch Finanzhilfen über die Eurorettungsfonds. Damit ist die Bundesrepublik insgesamt der mit Abstand größte Zahler, weit vor Frankreich, das in diesem Zeitraum knapp 80 Milliarden Euro zum EU-Etat und zur Krisenpolitik beisteuerte.

Kriminelle Clans bedrohen zunehmend auch Polizisten

Nicht nur Bürgerinnen und Bürger sind von der Clankriminalität betroffen, auch zunehmend Polizisten sind den multikriminellen Migranten ein Dorn im Auge. "Wir wissen, wo du wohnst. Wir wissen, wo deine Kinder zur Schule gehen", werden immer häufiger mitgeteilt. Kriminelle Familienclans, die Angst und Schrecken verbreiten, wurden bislang vor allem in Großstädten verortet. Doch offenbar versuchen solche Clans auch zunehmend Beamte einzuschüchtern. Das Problem sei auch im ländlichen Raum angekommen, teilte der Osnabrücker Polizeipräsident Maßmann mit. Gleiches bestätigt auch das Innenministerium, wonach von Angehörigen krimineller Clanfamilien gegenüber Polizisten häufiger versucht wird, diese erheblich einzuschüchtern - sowohl im Dienst als auch in ihrer Freizeit.

Vom Mindestlohn in die Altersarmut

Aktuell beträgt der gesetzliche Mindestlohn 9,19 Euro die Stunde und wird ab Januar auf 9,35 Euro steigen. Mit einem solchen Lohn kommen Beschäftigte bei einer 40-Stunden-Woche auf ein Gehalt von 1.593 Euro brutto. Doch das ist für viele, die Kinder haben oder Mieten in teuren Städten bezahlen müssen, zu wenig. Hunderttausende sind daher auf aufstockende Sozialleistungen angewiesen. Die Zahl der Menschen, die als armutsgefährdet gelten, nahm kaum ab, was u.a. durch den Mindestlohn bezweckt worden war. E

Von einem Bruttogehalt von rund 1.600 Euro kommt man auch nach 45 Beitragsjahren in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht auf eine Rente, die über der Grundsicherung im Alter

liegt. Dafür braucht es sogar noch mehr als die von der SPD geforderten zwölf Euro Mindestlohn. Selbst Daten der Bundesregierung zeigen, dass das erst mit einem Stundenlohn von 12,80 Euro möglich ist.

Die Mehrheit der Beschäftigten in Deutschland, die den Mindestlohn erhalten, ist weiblich, wie die Zahlen des Statistischen Bundesamts verdeutlichen. Demnach erhalten 823.000 Frauen die Lohnuntergrenze sowie 548.000 Männer. Ein Grund ist, dass der Mindestlohn vor allem in Branchen gilt, in denen viele Frauen arbeiten. Und dass Frauen häufig in jenen Branchen beschäftigt sind, in denen besonders niedrige Gehälter gezahlt werden. Allein 43 Prozent der

Tätigkeiten, die mit Mindestlohn vergütet werden, liegen laut einer Erhebung des DIW im Bereich der persönlichen Dienstleistungen, zu denen zum Beispiel die Kranken- und Altenpflege zählen, Erziehung und andere soziale Tätigkeiten. Frauen sind in diesen Berufen überproportional häufig vertreten. Es folgen mit 34 Prozent das Gastgewerbe und mit 22 Prozent der Einzelhandel.

Im Ergebnis werden aber geschlechterunabhängig all jene mit großer Wahrscheinlichkeit Altersarmut erfahren, die heute nur Mindestlohn oder leicht über diesem verdienen. Die Spirale dreht sich daher weiter und eine Verbesserung ist nicht in Sicht.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

REP: Nationalität von Straftätern muss genannt werden

Scharfe Kritik üben die hessischen Republikaner an der Entscheidung der Landesregierung, im Gegensatz zu anderen Bundesländern weiterhin im Regelfall die Nationalität von Tatverdächtigen nicht zu nennen. Das Thema war am 5. Dezember bei der Innenministerkonferenz in Lübeck behandelt worden. Diese Linie diene offenbar dazu, die Folgen der Masseneinwanderung zu verschleiern und die sogenannte Willkommenskultur aufrechtzuerhalten. Dahinter sei der Einfluss des grünen Koalitionspartners zu vermuten, denn früher habe sich z.B. Ministerpräsident Bouffier als Innenminister ganz anders geäußert. „Die CDU traut sich gar nichts mehr, selbst dann nicht, wenn sie den zuständigen Minister stellt“, so der Landesvorsitzende Bert-Rüdiger Förster.

Gegen solche Manipulationen könne man sich nur dadurch zur Wehr setzen, dass man bei bestimmten Straftaten wie Rauschgifthandel, Raub und Vergewaltigung ohne weiteres die Ausländereigenschaft der Täter unterstelle, wenn nicht das Gegenteil bekanntgegeben werde.
 V.i.S.d.P.: Haymo Hoch, Landesspressesprecher

REP stellen auch in Rosenheim wieder Stadtratsliste auf

Bereits in mehreren Städten und Kreisen wurden für die bayrischen Kommunalwahlen die Kandidaten aufgestellt. Jetzt haben die Rosenheimer Republikaner ebenfalls die Aufstellungsversammlung durchgeführt. Die Stadträte Rudolf Hötzel und Markus Schmid wurden einstimmig an die Spitze gewählt. Hötzel, der auf 30 Jahre Stadtrats Erfahrung zurückblicken kann: "Wir gehen voller Optimismus und Kraft in den Wahlkampf und hoffen wieder mit Fraktionsstärke einzuziehen.

Schlamperei bei Duldungen für abgelehnte Asylanten

Nach einer internen Überprüfung durch das Rechnungsamt soll es bei der Ausländerbehörde Düsseldorf zu nicht ordnungsgemäßen Arbeitsabläufen gekommen sein. Das unter der grünen Flüchtlingsbeauftragten Koch agierende Ausländeramt hat laut Medienberichten über 9.000 Abschiebungen vorübergehend ausgesetzt, indem es Duldungen erteilt oder verlängert hat. Dabei sollen teilweise Vorstellungstermine bis zu einem halben Jahr nach Ablauf der Duldungsfrist gelegt worden sein und amtliche Entscheidungsgründe wurden nur lückenhaft dokumentiert. Das Rechnungsprüfungsamt kam bei einer Systemüberprüfung zu dem Ergebnis, das die Duldungsvergabe mangelhaft verwaltet wurde.

Hierzu teilte der Düsseldorfer REP-Stadtrat Maniera mit: Sollten sich die Vorwürfe bestätigen, dann wären hier nicht nur der Grund für den rechtswidrige Aufenthalt für angelehnte Asylbewerber geschaffen worden, sondern auch die Ursache für vermeidbare Kosten zu finden, die diese Personen für die Kommune aufwerfen und damit vom Steuerzahler zu zahlen sind. Werden durchschnittlich Aufwendungen i.H.v. 16.000 Euro zugrunde gelegt, dann kann ein Schaden von bis zu 144 Millionen Euro entstanden sein. Daher besteht aus unserer Sicht nicht nur der Anfangsverdacht für ein Dienstvergehen, sondern auch für strafrechtlich relevante Abläufe. Deshalb wurde inzwischen eine entsprechende Strafanzeige gegen die Flüchtlingsbeauftragte durch die Republikaner gestellt, damit der Vorgang restlos aufgeklärt wird.

Gewalt gegen Lehrer nimmt weiter zu

An den bayerischen Schulen steigt offenbar die Gewalt gegen Lehrer: Jeder fünfte fühlt sich bedroht, vier Prozent erleben körperliche Aggression. Doch die Dunkelziffer ist viel höher. Der Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) schlägt Alarm und fordert das Kultusministerium nun auf zu handeln. Damit setzt sich auch in diesem Bereich fort, was z.B. gegenüber Polizei und Rettungskräften sich bereits seit Jahren abzeichnet.

Jetzt Republikaner werden



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

www.rep.de
DIE REPUBLIKANER
DIE REPUBLIKANER
REP

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr. Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen: 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Beitrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. 10.00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Bezirksverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Landesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Bundesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.